

Anschlag am Breitscheidplatz in Berlin

21.12.2016 23:32 Uhr

Jagd auf Anis Amri - wie die Ermittler vorgehen

Der Fall Anis Amri entwickelt sich gleich mehrfach zum Albtraum der Sicherheitsbehörden. In Italien soll er vier Jahre im Gefängnis gesessen haben. Eine Rekonstruktion der Spurensuche. VON HANNES HEINE, FRANK JANSEN UND JÖRN HASSELMANN



Der Fahndungsauftrag des BKA für den tatverdächtigen Tunesiers Anis Amri FOTO: DPA/BUNDESKRIMINALAMT

Wie er wirklich heißt, das wissen **wohl selbst die Fahnder nicht sicher**, wahrscheinlich Anis Amri, geboren 1992 in Tunesien. Der Gesuchte, der verdächtigt wird, am Breitscheidplatz zwölf Menschen getötet zu haben, benutzte viele Identitäten. So soll er sich auch als Ahmed A., Jahrgang 1995, oder Mohammed H., geboren 1992, ausgegeben haben.

Der mutmaßliche Täter

Vorerst heißt er für die Sicherheitsbehörden aber weiter Anis Amri. Er ist der Hauptverdächtige des größten islamistischen Anschlags, der je in Deutschland stattgefunden hat. Unstrittig ist, dass der Gesuchte aus Tunesien stammt – denn dahin sollte Anis Amri, dessen Asylantrag in Deutschland abgelehnt worden war, auch wieder zurückkehren. Doch die Abschiebung scheiterte, weil das nordafrikanische Land zunächst bestritt, dass der Mann tunesischer Staatsbürger ist. Erst später lenkten die Behörden ein, doch es fehlten Passersatzpapiere. „Sie wurden heute überstellt“, sagt am Mittwoch der sichtlich konsternierte nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger.

Die Causa Amri entwickelt sich **zum Albtraum der Behörden**. Auch in Berlin.

Polizei und Justiz hatten Anis Amri im Visier. Der Mann gilt schon länger als hochgefährlich. Im Februar 2016 sei er als „Gefährder“ eingestuft worden, heißt es aus Sicherheitskreisen. Damit zählt Amri zu den heute mehr als 540 Islamisten, denen die Behörden alles zutrauen, bis hin zum Anschlag. Und im Fall des Tunesiers war der Verdacht offenbar so stark, dass die Berliner Generalstaatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat einleitete. Wieso konnte Anis Amri trotzdem seinen Anschlag verüben? Wie einen Lkw rauben, **mit ihm kilometerweit durch Berlin fahren** und schließlich durch **den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche** pflügen?

Die Antworten darauf sind vage. Der Tunesier sei im Herbst untergetaucht, möglicherweise habe er sich in Berlin bei anderen Salafisten versteckt. Es sei unmöglich, die rasch wachsende Szene komplett im Blick zu behalten. Zumal der Tunesier, wie es Innenminister Jäger ausdrückt, „hochmobil“ war.

Offenbar nicht nur in Deutschland. 2012 sei Anis Amri in Italien eingereist, sagen Sicherheitsexperten. Die dortige Nachrichtenagentur Ansa datierte seine Einreise am Abend auf das Jahr 2011. Amri stammt offenbar aus der nordöstlichen Provinz Kairouan, einer Salafisten-Hochburg. Seine Familie will keinen steten Kontakt mehr mit ihm gehabt haben, seitdem er das Haus Ende 2010 verlassen habe, berichtet die tunesische Zeitung Al-Chourouk.

Ansa zufolge kam Amri als Flüchtling und landete in einem Auffanglager auf Sizilien. Weil er Sachbeschädigungen und „diverse Straftaten“ beging, kam er demnach in Palermo vier Jahre ins Gefängnis. Im Frühjahr 2015 wurde er laut Ansa entlassen, konnte wegen Problemen mit den tunesischen Behörden aber nicht ausgewiesen werden. Er sei dann nach Deutschland weitergereist, hieß es.

Das war im Juli 2015. Amri beantragte Asyl in Nordrhein-Westfalen. Vergeblich. Plausible Fluchtgründe konnte er nicht nennen. Der Antrag wurde abgelehnt, doch da die Abschiebung nach Tunesien zunächst wegen der fehlenden Papiere nicht möglich war, erhielt Amri vom Kreis Kleve in Nordrhein-Westfalen eine „Duldung“.

Amri konnte sich weiter frei in Deutschland bewegen – und im Netz der militanten Salafistenszene. Sicherheitskreise sagen, der Tunesier zähle zur „Blase“ um den Hassprediger Abu Walaa. Die Bundesanwaltschaft hält ihn für den Kopf eines „überregionalen salafistisch-dschihadistischen Netzwerks“. Am 8. November nahm die Polizei Abu Walaa und vier mutmaßliche Komplizen fest. Die Männer sollen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ unterstützt und junge Salafisten für den IS rekrutiert haben. Mindestens einer der Verführten sei in den syrischen Bürgerkrieg gereist. Die Festnahme von Abu Walaa sei „endlich ein erfolgreicher Schlag gegen ein Netz von IS-Rekrutierern“, sagte im November ein Ermittler. Was Amri für Abu Walaa tat, ist allerdings offen.

Nun wurde er öffentlich zur Fahndung ausgeschrieben: Die Generalbundesanwaltschaft lobt eine Belohnung von 100.000 Euro für Hinweise aus, die zur Ergreifung des Täters führen. Sie schreibt: „Anis Amri ist 178 cm groß, wiegt circa 75 kg, hat schwarze Haare und braune Augen. Vorsicht: Er könnte gewalttätig und bewaffnet sein!“

Der Fall könnte die Behörden noch in Bedrängnis bringen. Ausgerechnet der Pegida-Gründer Lutz Bachmann wusste möglicherweise schon Montagabend, dass ein Tunesier den Anschlag verübt haben könnte. In einem Tweet schrieb er: „Interne Info aus Berliner Polizeiführung: Täter tunesischer Moslem. Das der Generalbundesanwalt übernimmt, spricht für die Echtheit“. Bachmann setzte den Tweet um 22.16 Uhr ab, etwas mehr als zwei Stunden nach dem Angriff.

Wurde einer der übelsten Demagogen der Republik von einem Polizisten informiert? Und wurde ein pakistanischer Flüchtling festgenommen, obwohl klar war, dass nur ein Tunesier als Täter in Frage kam? Sollte sich bestätigen, was Bachmann in seinem Tweet behauptet, hätten die Ermittler einiges zu erklären. Auch die Berliner Polizei ist irritiert. Ein Sprecher sagt: Wir gehen der Sache nach.

Das erste Opfer

Lukasz U. könnte ein Held sein. Womöglich sind mit seiner Person die wichtigsten Hinweise für die Aufklärung des Falles verbunden: Lukasz U., 37, Fernfahrer, Pole, fast 140 Kilogramm schwer. So jedenfalls beschreiben ihn polnische Medien. Über die Obduktion des Mannes sprechen die Forensiker nicht – weder die des Landeskriminalamtes (LKA), die U. zuerst untersucht haben, noch die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, die aktuell die Ermittlungen leitet. Inzwischen steht offenbar fest, dass U. mit dem Attentäter gekämpft hat. Der Kraftfahrer saß wohl auf dem Beifahrersitz, als der mutmaßliche Islamist den Lastwagen zum Weihnachtsmarkt fuhr.

Einige Beamte vermuteten, dass der Pole dem Attentäter ins Lenkrad griff, weshalb Anis Amri offenbar nicht durch den gesamten Weihnachtsmarkt fahren konnte, sondern nur über einen Abschnitt. Auf einer vertraulichen Sitzung des Innenausschusses des Bundestages am Mittwoch wurde das so nicht bestätigt, wohl aber, dass der Kraftfahrer mit dem Attentäter kämpfte. Dem Polen wurde mehrfach ins Gesicht gestochen, trotzdem rang der kräftige Mann mit dem Attentäter. Als der Truck stoppte, wurde er erschossen.

Beim Lkw beginnt für die Ermittler auch die Suche nach dem Täter. Hinweise kann der Truck der Marke „Scania“ liefern. Er soll erst 70.000 Kilometer zurückgelegt haben, den Wagen hatte die Stettiner Spedition kürzlich besorgt. Das Geschäft lief, polnische, zunehmend auch baltische Speditionen fahren durch ganz Europa. Die deutsche Industrie ist auf sie angewiesen.

Auch Lukasz U. war für eine deutsche Firma unterwegs. Von Turin, Italien, nach Berlin hatte er Stahl liefern sollen, an die

Berliner Dependence von ThyssenKrupp, Friedrich-Krause-Ufer. Dort hat auch die Ausländerbehörde ihren Sitz. Gegen 15 Uhr am Montag, fünf Stunden vor dem Attentat, hatte Lukasz U. zuletzt mit seiner Ehefrau telefoniert. Als ihn sein Chef gegen 16 Uhr noch einmal anrufen wollte, war das Handy aus.

Auf dem Standstreifen am Friedrich-Krause-Ufer hat sich Attentäter Amri wohl des Lastwagens bemächtigt. Vermutlich hat er Fahrer U. mit einer Waffe bedroht, stieg ein, rangierte das 30-Tonnen-Fahrzeug hin und her, fuhr schließlich los. Der Weg des Trucks lässt sich aus den GPS-Daten des Navigationsgerätes nachvollziehen. Demnach wurde 19.34 Uhr der Motor gestartet. Der Truck wurde zur tödlichen Waffe.

In der nicht-öffentlichen Sitzung des Bundestagsinnenausschusses sagte Holger Münch, Chef des Bundeskriminalamtes (BKA): Die Auswertung der GPS-Daten habe ergeben, dass der Lastwagen den Breitscheidplatz zunächst umrundete. Nach der Tat befragen die Ermittler den Chef-Spediteur in Polen, er ist der Cousin des getöteten Fahrers. Und sie durchsuchten, soweit das in der Dunkelheit möglich ist, den zerstörten Truck. Dort fanden sie später Aufenthaltspapiere eines Tunesiers: Anis Amri, geboren 1992. Außerdem wurden biologische Spuren gesichert. Ob sie Amri zugeordnet wurden, ist unklar.

Das Wrack

Dunkelgrauer Lack, schwarze Plane, geladener Stahl. Im zerstörten Cockpit des Trucks haben Beamte erst am Dienstagnachmittag die Geldbörse des Verdächtigen Anis Amri gefunden. Dabei soll es um eine Duldung von Anis A. handeln, ausgestellt von einem Landratsamt in Nordrhein-Westfalen. Da das Führerhaus stark zerstört war, hatte die Polizei entschieden, den Lastwagen gründlich erst im Landeskriminalamt zu durchsuchen – **in der Nacht am Breitscheidplatz** war die Geldbörse mit der Duldung übersehen worden. Ermittler berichten, dass die Kabine in einem „furchterregenden Zustand“ war, so habe in der zerstörten Frontscheibe ein Teil eines Weihnachtsbaums gesteckt.

Islamistische Attentäter haben immer wieder Ausweise an den Tatorten liegengelassen, zum Beispiel in Frankreich. Nach dem Massenmord in der Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ im Januar 2015 hatten die beiden Terroristen damals einen Personalausweis im Fluchtwagen vergessen, als sie das Auto wechselten. Sie starben beide, als die Polizei stellen wollte.

Die Zeugen

Es gibt hunderte Augenzeugen. Nur in den Sekunden der Tat, im Chaos nach dem Blutbad, dürften die wenigsten von klaren und verwertbaren Eindrücken berichten können. Dennoch sind sie wichtig – Ermittler können aus vielen, nur Sekunden dauernden Beobachtungen ein Gesamtbild erstellen. Widersprüchliche Aussagen lassen sich durch andere Berichte prüfen und ergänzen. Viele Zeugen liegen in Kliniken. Die Ärzte, die Patienten vom Breitscheidplatz aufgenommen haben, mussten noch in der Nacht zu Montag sogenannte Meldeblätter ausfüllen. In den Krankenhäusern gibt es also Listen, wie viele Patienten in welchem Zustand gebracht wurden. Auch am Mittwoch haben Beamte unbestätigten Angaben zufolge Patienten befragt.

Ärzte und Pflegekräfte sind übrigens angehalten, Verdächtige zu melden – dies geschieht dann, wenn Patienten merkwürdige Wunden nicht erklären können. Am Mittwochabend teilte die Berliner Generalstaatsanwaltschaft zudem mit: Man habe Amri überwachen lassen, bis es dafür keine rechtliche Grundlage mehr gab. In Berlin konnte man den Mann ab September jedenfalls nicht mehr feststellen, auch nicht in einer für Islamisten „relevanten Moschee“. Dort dürften ebenfalls Befragungen stattfinden.

Die Videoaufnahmen

Polizisten gehen derzeit in der Kantstraße von Geschäft zu Geschäft auf der Suche nach Videoaufzeichnungen. Denn obwohl es verboten ist, sind Überwachungskameras oft auch auf Gehwege und Straßen gerichtet. Gesichtet haben die Ermittler auch die Aufzeichnungen der U-Bahnhöfe. Bei der BVG werden Bahnsteige und Zwischenebenen überwacht. Zeugen können außerdem Handyfotos und Videos in einem Portal des Bundeskriminalamtes hochladen. Hunderte Bilder sollen auf diese Weise schon eingegangen sein.

Die Ermittler

Sie brauchen einen schnellen Erfolg und Generalbundesanwalt Peter Frank setzt sein komplettes Referat und weitere Experten ein, um den Berliner Fall zu bearbeiten. Bis zu zehn Staatsanwälte arbeiten zusammen. Die Ermittlungen leitet ein erfahrener Bundesanwalt, der schon seit Jahren Verfahren gegen islamistische Terrorverdächtige führt. Die Behörde bittet allerdings ausdrücklich darum, den Namen des Beamten nicht zu nennen – schon gar nicht, solange der Täter von Berlin noch auf freiem Fuß ist.

Die Staatsanwälte, die Peter Frank einsetzt, fehlen nun bei den zahlreichen weiteren Verfahren gegen militante Islamisten. Was sich da aufstaut, zeigt schon ein Blick auf Mitteilungen des Generalbundesanwalts in diesem Jahr: Mehr als 40 Verfahren werden genannt, es geht um Festnahmen, Haftbefehle, Anklagen. Die Verdächtigen kommen aus Syrien, Irak, Afghanistan. Doch es sind auch Deutsche darunter und einige, deren Nationalität nicht feststellbar ist.

Sie werden der Terrormiliz „Islamischer Staat“ zugerechnet, der syrischen „Jabhat an Nusra“, die in Kontakt mit Al-Kaida steht, der syrischen Miliz „Ahrar al Sham“, den afghanischen Taliban und den somalischen „Al Shabaab“-Kämpfern. Nun also auch noch Anis Amri, der den schwersten islamistischen Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik verübt haben soll.

Nach dem Anschlag in Berlin hat das Bundeskriminalamt zunächst den größten Teil der Ermittlungen dem LKA der Hauptstadt überlassen. Doch das ändert sich gerade. Nur das BKA kann internationale Terrorverbindungen aufklären. Dazu setzt es nun auch Verbindungsbeamte im Ausland auf den Fall an, in Italien und anderen Staaten wird bereits die nationale Polizei nach Anis Amri befragt.

Die Spürhunde

Hundeführer der Polizei machen sich am Dienstagabend vom Bikinihaus aus mit ihren Tieren auf den Weg in den stillen, aber regen Vorweihnachtstrubel. Ihr Ziel: der Tatort. Zwischen den Menschen, die an Absperrungen und verwaisten Marktständen trauern und diskutieren, zwischen den Unfallresten suchen die Polizeihunde eine Fährte. Sie haben so feine Nasen, dass sie nicht nur Spuren von Fußgängern verfolgen können, sondern selbst Menschen in fahrenden Autos. Etwa 130 Hunde hat die Berliner Polizei, die bei ihren Besitzern leben. Fahnder und Vierbeiner bilden also ein Team.

Bei der Fahndung nach dem Terrorverdächtigen werden Personensuchhunde, die so genannten Mantrailing-Hunde, eingesetzt. Damit sie eine Spur aufnehmen können, benötigen die Hunde eine Geruchsprobe, am besten von einem Gegenstand, den ausschließlich die gesuchte Person berührt hat – also zum Beispiel eine Zahnbürste oder ein T-Shirt.

Suche im Untergrund

Und was, wenn der plötzlich vor uns steht? Fahrer, Techniker und Wachleute der BVG diskutieren über die Fahndung nach Anis Amri. Ein verrauchter Dienstraum im Westen der Stadt, die Wände fahlgelb, Vormittag, die Kollegen trinken Fanta. Der Täter ist noch unterwegs? Ein Mörder, ein Terrorist, bewaffnet, oder? Ein U-Bahnfahrer sagt, seit elf, fast zwölf Jahren arbeite er nun „unter der Erde“. Die Warnungen hätten zugenommen. „Seit Montag nun sollen wir lieber zweimal hingucken“, sagt der U-Bahnfahrer. „Also auf jede Tasche schauen, von wegen abgestelltes Gepäck und so. Aber wir müssen auch abgelegene Gänge prüfen und Technikräume lieber noch mal abschließen.“

Seit den Anschlägen in Frankreich galt bei den Verkehrsbetrieben schon Warnstufe „gelb“, die Terrorgefahr abstrakt. Nun ist man bei „Orange“, aber noch nicht „Rot“. Was in welcher Warnstufe genau zu passieren hat, entscheidet nicht die BVG, sondern Senat und Polizei. Und wenn er, der U-Bahnfahrer, nun eine abgestellte Tasche sieht – oder gar Anis Amri auf seinem Bahnhof? „Dann rufe ich sofort in der Leitstelle an!“ Die ist rund um die Uhr besetzt – und mittendrin sitzt ein Experte des Polizeipräsidiums.

Der falsche Verdächtige

Einer wird sich ganz besonders über die Festnahme von Naved B. gefreut haben: Der wahre Täter bekam so 24 Stunden Vorsprung. Und es war ja auch zu einfach, um wahr zu sein. „Im Nahbereich #Breitscheidplatz wurde eine verdächtige

Person festgenommen“, twitterte die Polizei bereits gegen 22 Uhr. In den folgenden Stunden wurde aber immer klarer, dass B. nicht der wahre Täter gewesen sein kann. Die Kriminaltechniker fanden weder DNS noch Fingerabdrücke des 23-Jährigen im Lkw. Zudem hatte seine Kleidung keine Blutspuren und er keine Verletzungen. Für einen Haftbefehl reichte es nicht mehr, am späten Abend des Folgetages wurde B. freigelassen.

Stunden nach dem Anschlag hatte die Polizei über Twitter verkündete: „Derzeit gibt es keine Hinweise auf weitere gefährdende Situationen in der City“. Da war der Täter aber offenbar noch auf der Flucht – und zwar bewaffnet. (mit *dpa*)

